STELLUNGNAHME 5

↗ EMPFEHLUNGEN 4

STATEMENT 15

↗ RECOMMENDATIONS 14

2020 / friedensgutachten

F FOKUS

Friedenspolitik in Zeiten des Klimawandels / 25

↗ EMPFEHLUNGEN 26

F.1 Friedensbedrohende Wirkungen der Klimakrise 27

F.2 Friedensverträgliche Gestaltung der Transformation 35

SCHLUSSFOLGERUNGEN 41

1 BEWAFFNETE KONFLIKTE

Friedensmissionen müssen neu austariert werden / 45

↗ EMPFEHLUNGEN 46

1.1 Aktuelle Konflikte und Interventionen 47

1.2 Humanitäre Interventionen: Chancen und Risiken 58

1.3 Von der humanitären Intervention zur Schutzverantwortung und dem Schutz von Zivilisten 63

SCHLUSSFOLGERUNGEN 67

2 NACHHALTIGER FRIEDEN

Protestbewegungen, politische Umbrüche und Gewaltrisiken / 71

↗ EMPFEHLUNGEN 72

2.1 Protestbewegungen im Jahr 2019: ein Überblick 73

2.2 Herausforderung durch Anti-Regime-Proteste 80

2.3 Strategien externer Akteure und der Beitrag der Bundesregierung 84

SCHLUSSFOLGERUNGEN 89

https://doi.org/10.14361/9783839453810-toc https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

3 RÜSTUNGSDYNAMIKEN

Zwischen Cyberfrieden und Cyberkrieg / 93

↗ EMPFEHLUNGEN 94

3.1 Rüstungsdynamiken 95

3.2 Aufrüstung und Rüstungskontrolloptionen im Cyberraum 103

SCHLUSSFOLGERUNGEN 112

4 INSTITUTIONELLE FRIEDENSSICHERUNG

Wer ordnet die Welt? Neue Mächte und alte Institutionen / 117

↗ EMPFEHLUNGEN 118

4.1 Macht und institutionelle Ordnung: die Trends 119

4.2 Gibt es eine neue Weltordnung? 127

SCHLUSSFOLGERUNGEN 134

5 TRANSNATIONALE SICHERHEITSRISIKEN

Eine neue Welle des Rechtsterrorismus / 139

↗ EMPFEHLUNGEN 140

5.1 Kontinuitäten und Trends des Rechtsterrorismus 141

5.2 Der transnationale Rechtsterrorismus im digitalen Kontext 150

SCHLUSSFOLGERUNGEN 155

Abkürzungsverzeichnis 158

Impressum 160

Es sind stets Personen jeden Geschlechts gleichermaßen gemeint; aus Gründen der Lesbarkeit wird im Friedensgutachten nur die männliche Form verwendet.

https://doi.org/10.14361/9783839453810-toc https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

↓ EMPFEHLUNGEN

1 **Corona bekämpfen ohne Friedenspolitik aufzugeben** Im Schatten der Pandemie nimmt die Gefahr zu, dass sich Gewaltkonflikte und humanitäre Notlagen verschärfen und neue Konflikte entstehen. Die EU und die Bundesregierung sollten ihre Anstrengungen in der Friedensförderung und Konfliktbewältigung intensivieren.

2 **Europa muss Corona als Chance nutzen** Selten ist die Notwendigkeit internationaler Kooperation deutlicher hervorgetreten als in Zeiten der Corona-Pandemie. Für die EU, die droht, zwischen Großmachtrivalitäten und Partikularinteressen zerrieben zu werden, bietet dies die Chance, multilaterale Zusammenarbeit zu verstärken.

3 **Das EU-Krisenmanagement jetzt stärken** Zu lange war Corona-Bekämpfung Sache der nationalen Regierungen. Dabei verdeutlicht die Pandemie die Bedeutung internationaler Institutionen. Deutschland sollte die weltweiten Anti-Corona Maßnahmen der EU genauso unterstützen wie innereuropäische Hilfen.

4 **Klimaschutz weiterhin priorisieren und friedensfördernd gestalten** Die Klimakrise darf nicht im Schatten der Corona-Pandemie links liegen gelassen werden. Auch unter den aktuellen Bedingungen müssen Maßnahmen ergriffen werden, die die langfristigen negativen Folgen des Klimawandels für den Frieden und die menschliche Sicherheit abschwächen.

5 **Keine bedingungslose Unterstützung autoritärer Regime** Die Bundesregierung setzt in vielen Ländern auf Regimestabilisierung. Stattdessen sollte sie ihre Hilfe an die Bedingung knüpfen, dass zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten gewährt werden. Dies ist angesichts zunehmender Repression im Zeichen der Corona-Pandemie umso dringlicher.

6 **Fragile Gesellschaften massiv unterstützen** Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte die medizinische und soziale Infrastruktur in Krisenregionen, die von COVID-19 betroffen sind, unbürokratisch unterstützen. Wirtschaftspolitische Konditionalitäten durch den Internationalen Währungsfond und Umschuldungsmaßnahmen müssen gelockert werden.

7 **Für den Schutz von Zivilisten sorgen** Die Bundesregierung sollte die Aussetzung humanitärer Maßnahmen zurücknehmen und mit europäischen Partnern dort diplomatische Offensiven ergreifen, wo die Pandemie zu humanitären Katastrophen führen könnte. Prioritär sind die Auflösung überfüllter Flüchtlingslager und eine Waffenruhe in Nordsyrien.

8 **Stärkung der Defensive im Cyberraum** Die Bundesregierung sollte dafür werben, weltweit Cyberattacken gegen kritische Infrastruktur zu ächten. Die Stärkung der Cyber-Resilienz sollte im Fokus der deutschen Strategie stehen. Offensive Cyberaktivitäten sollten die absolute Ausnahme bleiben.

https://doi.org/10.14361/9783839453810-toc https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND